

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Gewerkschaftsmonitor

April 2021

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

In einem Land mit 14 Regierungen auf unterschiedlichen Ebenen und einem politischen System, das geradezu dazu einlädt, unterschiedliche Blockadememechanismen für die Dominanz der eigenen »ethnisch« definierten Gruppe anzuwenden, ist die Durchsetzbarkeit von Reformen extrem schwierig. Obwohl die Covid-19-Pandemie die gesellschaftspolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stark verschlechtert und vor allem das ohnehin äußerst defizitäre Gesundheitssystem vor neue, riesige Herausforderungen gestellt hat, stehen in Bosnien und Herzegowina weiterhin ethnische Partikularinteressen in Mittelpunkt der politischen Debatten. Die politischen Entwicklungen sind weiterhin geprägt von Demokratiedefiziten, Korruption und Klientelismus. Der nach den Parlamentswahlen 2018 angefangene Regierungsbildungsprozess ist bis heute (Stand April 2021) nicht abgeschlossen! Nach 28 Monaten Koalitionsverhandlungen regiert in der Föderation Bosnien und Herzegowina weiterhin die »alte« Regierung und das nicht erfolgreich. Die Schwächen der gesamtstaatlichen Regierung wurden durch die Corona-Pandemie nur noch deutlicher. Anstatt sich gemeinsam und gemeinwohlorientiert z. B. auf die Beschaffung von Beatmungsgeräten und Impfstoffen oder auf die Bekämpfung der negativen Folgen der Pandemie in Wirtschaft, Bildung und Gesundheit zu konzentrieren, nutzen unterschiedliche politische Vertreter_innen die Pandemie, um erneut zu zeigen, wie funktionsunfähig und scheinbar sinnlos dieser Staat ist. Dringende Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie werden spät und unkoordiniert getroffen. Dringende sozio-ökonomische Reformen werden auf der Agenda politischer Entscheidungsträger_innen einmal mehr vernachlässigt. Die realen wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Probleme bleiben weitgehend unthematziert.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die Corona-Pandemie hat die ohnehin schwierige wirtschaftliche Situation zusätzlich belastet. Insbesondere der Dienstleistungssektor, die Gastronomie, das öffentliche Transportwesen, exportabhängige Unternehmen aus der verarbeitenden Industrie sowie der Tourismussektor sind von den Folgen der Pandemie sehr stark betroffen. Die schlimmsten Folgen spüren kleine und mittelständische Unternehmen, die sehr stark vom täglichen Umsatz abhängen. Kleine und mittelständische Unternehmen machen 97 Prozent aller registrierten Unternehmen in Bosnien und Herzegowina aus und tragen mit 60 Prozent zum BIP bei. Insgesamt 60 Prozent der Beschäftigten kommen aus diesem Sektor.

Die Regierungen auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen haben ihre Inkompetenz erneut unter Beweis gestellt; ökonomische Unterstützungsprogramme wurden erst spät verabschiedet und sind zum Teil bis heute (April 2021) nicht implementiert. Die Gewerkschaften in Bosnien und Herzegowina spielen keine gestaltende Rolle in wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungsprozessen. Die Schattenwirtschaft blüht und macht relevanten Schätzungen zufolge 25 Prozent des GDPs aus. Dadurch gehen bis zu 1,5 Mrd. EUR an Steuergeldern verloren. Die Corona-Pandemie hat zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit von ca. drei Prozent geführt. Insgesamt sind das über 12 000 neue arbeitslose Personen, was bei der schwachen bosnischen Wirtschaft eine bedeutende Zahl ist.

Die Arbeitslosigkeit betrug im Jahr 2019 laut ILO 21,2 Prozent, davon sind 57 Prozent Frauen. Die Jugendarbeitslosigkeit wird mit 47,4 Prozent angeführt. Der durchschnittliche Nettolohn beträgt ca. 490 EUR, der durchschnittliche Verbraucher_innenkorb, den die Gewerkschaften monatlich errechnen, ca. 1 050 EUR. Demzufolge bedarf es mehr als zwei durchschnittlicher Nettolöhne, um den Verbraucher_innenkorb zu decken. Für ein realistisches Bild kommt hinzu, dass der Durchschnittslohn aufgrund der im staatlichen Sektor gezahlten Löhne rechnerisch relativ hoch ausfällt. 45 Prozent der Arbeiter_innen verdienen jedoch weniger als 250 EUR und 73 Prozent leben mit einem Einkommen von weniger als

400 EUR in relativer Armut. Mit großer Mühe haben es die Gewerkschaften in der Republika Srpska geschafft, den im Allgemeinen Tarifvertrag festgelegten Mindestlohn von 225 EUR auf 260 EUR zu erhöhen. Der Gender Pay Gap beträgt 14,2 Prozent zu Gunsten der Männer.

Die festgelegte Mindestrente von ca. 185 EUR wird an über 60 Prozent der Rentner_innen ausgezahlt, was sie in eine Situation der absoluten Armut bringt. Über 95 Prozent der Rentner_innen erhalten eine Rente, die niedriger als 400 EUR ist, wodurch diese Gesellschaftsgruppe, ähnlich wie insbesondere auch die nicht im staatlichen Sektor beschäftigten Arbeitnehmer_innen, in die relative Armut gedrängt wird. Die in diesen wenigen Zahlen zum Ausdruck kommenden ökonomischen und sozialen Realitäten verdeutlichen, wie dringend starke und einflussreiche Gewerkschaften in Bosnien und Herzegowina benötigt werden.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Gewerkschaften sehen sich in Bosnien und Herzegowina insbesondere seit 2015 einem kontinuierlichen Druck ausgesetzt. Die öffentliche Wahrnehmung zeugt davon, dass sie es nicht schaffen, als gleichberechtigter, respektierter Sozialpartner wahrgenommen zu werden. Sie sind mit der Bewältigung einer Vielzahl paralleler Herausforderungen konfrontiert. Sie kämpfen um den Allgemeinen Tarifvertrag und die Aushandlung neuer Branchenverträge mit Arbeitgebern und Regierung und versuchen zeitgleich, interne Zerwürfnisse zu regeln und die Einigkeit innerhalb der Organisationen zu sichern, was in vielen Fällen nicht oder nur teilweise gelingt. In der Föderation liegt der soziale Dialog auf Eis, ein verbindlicher Mindestlohn ist nicht in Kraft. In der Republika Srpska existiert der Sozialdialog auf Entitätsebene zwar und die Gewerkschaften fordern Verbesserungen der Arbeitsbedingungen; weitreichende Ergebnisse konnten jedoch nicht erreicht werden.

In der Föderation Bosnien und Herzegowina ist die Situation besonders schwierig. Seit es im Februar 2018 bei dem Kongress des SSSBIH zum Abbruch der Wahl des neuen Vorsitzenden kam, stehen interne Spaltungen und Streitigkeiten im Vordergrund der Aufmerksamkeit in den und um die Gewerkschaften. Unabhängig von der Frage, wie und warum es zu diesen internen Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften gekommen ist, muss konstatiert werden, dass die Gewerkschaften – und Arbeitnehmer_innenbelange insgesamt – in Bosnien und Herzegowina deutlich geschwächt sind. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass der eigentlich verpflichtende tripartite Sozialdialog im Wirtschafts- und Sozialrat der Föderation de facto nicht stattfindet.

GEWERKSCHAFTEN IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Im jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus waren die Gewerkschaften etablierter Bestandteil der Machtstruktu-

ren und der realsozialistischen Ideologie jugoslawischer Prägung. Bis Ende der 1980er Jahre haben sie sich von den politischen Eliten nicht nur nicht emanzipiert, sondern waren ein Teil von ihnen. Der Systemwechsel 1990 bedeutete eine grundlegende Veränderung der Rahmenbedingungen für die gewerkschaftliche Arbeit und die Auseinandersetzung mit einer Reihe von komplexen neuen Herausforderungen. Angefangen bei der Auflösung der früher selbstverständlichen gewerkschaftlichen Privilegien und der nahezu obligatorischen Mitgliedschaft bis hin zum Anstieg der Arbeitslosigkeit und den in großen Teilen kriminellen Privatisierungen, die die Industrie des Landes zerstört haben.

Für die auch in Bosnien und Herzegowina neoliberal dominierte Ausgestaltung des postsozialistischen Transformationsprozesses hin zu einer Marktwirtschaft (Privatisierung, Austeritätspolitik) hätte es als Gegengewicht einer starken Gewerkschaftsbewegung bedurft – ein Bedarf, den es weiterhin gibt, um den Transformationsprozess im Sinne der Arbeitnehmer_innen mitgestalten zu können. Dies ist bislang jedoch nicht gelungen. Die mit dem Systemwechsel verbundenen neuen Formen der Organisationsfreiheit haben den Organisationsgrad der Arbeitnehmer_innen negativ beeinflusst. Während die Gewerkschaften im öffentlichen Sektor gut aufgestellt sind, ist der Organisationsgrad in der Privatwirtschaft sehr niedrig. Unterschiedlichen Schätzungen zufolge liegt dieser in der Privatwirtschaft lediglich bei ca. 10 Prozent.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die politische Teilung des Landes in zwei Entitäten (die Föderation Bosnien und Herzegowina und die Republika Srpska) und den Sonderverwaltungsdistrikt Brčko spiegelt sich auch in der territorialen und organisatorischen Trennung der Gewerkschaften in drei Gewerkschaftsbünde (Savez samostalnih sindikata BiH – SSSBIH, Savez sindikata RS – SSRS und Sindikat Brčko Distrikta – SBD) wider – der gesamtstaatliche Dachverband der Gewerkschaften in Bosnien und Herzegowina (Konfederacija sindikata BiH – KSBIH) ist nur auf Kontakte mit internationalen Gewerkschaftsorganisationen beschränkt. Insgesamt weisen die Gewerkschaften landesweit ein starkes Ungleichgewicht im Organisationsgrad zugunsten der Beschäftigten im öffentlichen Sektor auf.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für gewerkschaftliche Arbeit in Bosnien und Herzegowina sind weitgehend in Ordnung. Bosnien und Herzegowina hat viele ILO-Konventionen ratifiziert, darunter das ILO-Übereinkommen 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts. Trotz der vorhandenen gesetzlichen Voraussetzungen sind Gewerkschaften in weiten Teilen der Privatwirtschaft nicht existent. Als Hauptgrund für den niedrigen Organisationsgrad in der Privatwirtschaft und damit eine insgesamt schwache Position der Gewerkschaften wird Angst genannt. Arbeitnehmer_innen haben Angst, sich gewerkschaftlich zu organisieren, weil sie dadurch Gefahr laufen, unterschiedlichen

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Bosnien und Herzegowina

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Savez samostalnih sindikata BiH – SSSBiH (Bund der unabhängigen Gewerkschaften)	Vorsitz: Selvedin Šatorović (Rechtmäßigkeit seiner Wahl wird jedoch von Teilen der Mitgliedsbranchen angezweifelt)	Nach eigenen Angaben ca. 170 000	Durch den gesamtstaatlichen Dachverband Konföderation – KS BiH ist der Gewerkschaftsbund SSSBiH Mitglied im IGB und hat einen Beobachterstatus im EGB.
Savez Sindikata Republike Srpske – SSRS (Gewerkschaftsbund der Republika Srpska)	Vorsitz: Ranka Mišić	Nach eigenen Angaben ca. 97 000	Durch den gesamtstaatlichen Dachverband Konföderation – KS BiH ist der Gewerkschaftsbund SSRS Mitglied im IGB und hat einen Beobachterstatus im EGB.

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Bosnien und Herzegowina

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Samostalni sindikat osnovnog obrazovanja i odgoja Federacije BiH – SSOIOFBIH (Unabhängige Gewerkschaft für Grundschulbildung und Erziehung)	SSSBIH	Vorsitz: Selvedin Šatorović	Nach eigenen Angaben ca. 20 000	EI, ETUCE
Samostalni sindikat državnih službenika i namještenika u organima državne službe, sudskoj vlasti i javnim ustanovama u FBiH – SUFBIH (Unabhängige Beamten- und Justizgewerkschaft Föderation).	–	Vorsitz: Samir Kurtović	ca. 22 000	PSI, EPSU
Sindikate obrazovanja, nauke i kulture Republike Srpske – SONK RS (Bildungsgewerkschaft der Republika Srpska)	SSRS	Vorsitz: Dragan Gnjatić	ca. 15 000	EI, ETUCE
Sindikate lokalne samouprave, uprave i javnih službi Republike Srpske (Gewerkschaft der lokalen Selbstverwaltung, der Verwaltung und des öffentlichen Dienstes der Republika Srpska)	SSRS	Vorsitz: Branko Zelenović	ca. 7 000	Keine, da es sich um eine junge Gewerkschaft (2018) handelt

Sanktionen seitens der Arbeitgeber_innen ausgesetzt zu werden. Das geringe Vertrauen in die Gewerkschaften trägt dazu bei, dass sich in der gesamten Nachkriegszeit in diesem Bereich nur wenig verbessert hat.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Gewerkschaften bleiben insgesamt in einer schwierigen Lage. In der Republika Srpska ist die Stellung von Gewerkschaften zwar etwas besser, es gibt einen Sozialdialog und die Gewerkschaften konnten durch ihr Engagement einige Erfolge verbuchen. Diese sind jedoch zu gering, um von einer wesentlichen Veränderung sprechen zu können. So wurde z. B. der Mindestlohn von 225 EUR auf 260 EUR angehoben – da-

mit braucht man weiterhin über dreieinhalb Mindestlöhne, um den durchschnittlichen Verbraucher_innenkorb zu decken. Ein allgemeiner Tarifvertrag wird seit langem verhandelt, wurde aber nicht verabschiedet. In der Föderation existiert der Sozialdialog auf Entitätsebene seit gut drei Jahren nicht mehr. Der Allgemeine Tarifvertrag ist abgelaufen, es gibt keine Verhandlungen um einen neuen. Den gesetzlich festgelegten Mindestlohn gibt es mittlerweile auch nicht mehr.

Interne Zerwürfnisse haben zur schwierigen Situation der Gewerkschaften beigetragen. Die Rechtmäßigkeit der Wahl des aktuellen Vorsitzenden des SSSBiH wird von Teilen der Mitgliedsgewerkschaften angezweifelt, weshalb ein weiterer Kongress ohne seine Anwesenheit von den »Oppositionsgewerkschaften« organisiert wurde, der wiederum von

der aktuellen Führung nicht anerkannt wird. Die Kongresse und Verfahren werden nun vor Gericht geprüft, um anschließend über die Zukunft der Gewerkschaftsführung entscheiden zu können. Eine potenzielle Annäherung der zerstrittenen Gewerkschaften scheint zum jetzigen Zeitpunkt in weite Ferne gerückt zu sein.

Im Gegensatz zur Entitätsebene, auf der die zwei größten Gewerkschaftsbünde engagiert sind, gibt es auf Branchenebene Beispiele erfolgreich abgeschlossener Tarifverhandlungen. Im öffentlichen Sektor ist die Tarifabdeckung vergleichsweise hoch.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die Tatsache, dass Gewerkschaften in unterschiedlichen soziologischen, politischen oder wirtschaftlichen Forschungen nicht vorkommen, bestätigt leider die Einschätzung, dass sie nicht als bedeutender Akteur wahrgenommen werden. Eine der wenigen Studien, in denen das Vertrauen in Gewerkschaften befragt wurde, war die FES-Jugendstudie aus dem Jahr 2014. Lediglich 21 Prozent der Befragten Jugendlichen haben Vertrauen in Gewerkschaften, während 32 Prozent überhaupt kein Vertrauen in Gewerkschaften haben. Die Gewerkschaften befinden sich demnach auf der achten Position, hinter Religionsgemeinschaften, der Polizei, Medien, NGOs, der internationalen Gemeinschaft, aber immer noch vor politischen Parteien und den Regierungen.

Die Gewerkschaften versuchen, in einem schwierigen gesellschaftspolitischen Umfeld eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und somit der Lebensqualität zu erreichen, um dadurch auch gegen den starken Abwanderungstrend zu agieren. Ihre Forderungen bleiben jedoch weithin unbeachtet. Auch daran kann der geringe politische Einfluss der Gewerkschaften in Bosnien und Herzegowina abgelesen werden.

Auf internationaler Ebene sind die Gewerkschaften relativ gut vernetzt. Die Gewerkschaftsbünde SSSBIH und SSRS sind durch den gesamtstaatlichen Dachverband Mitglied im IGB und haben einen Beobachterstatus im EGB. Viele Branchen sind mit ihren europäischen und internationalen Partnerorganisationen vernetzt.

Merima Ejubović, Projektkoordinatorin für Gewerkschaften im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Sarajewo

Peter Hurrelbrink, Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bosnien und Herzegowina, Sarajewo

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de
www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.